

## Nicht diktieren, sondern helfen

Die Grundorganisation des Wohnbezirks 14 in Potsdam hatte sich, wie es in unserer Partei üblich ist, als Leitfaden für ihre künftige Arbeit eine Entschliebung ausgearbeitet, die in der Berichts wähl Versammlung angenommen werden sollte. Der Parteisekretär, Genossin Thölert, schreibt uns dazu: „Ich formulierte den Entwurf so, wie die Parteiarbeit von den Genossen Rentnern und Hausfrauen, ihrer Kraft und Veranlagung angemessen, erwartet werden konnte. Die Genossin Beauftragte der Stadtleitung Potsdam aber las den Entwurf vorher durch und stellte fest, daß viel zuwenig konkrete Verpflichtungen darin aufgezeichnet seien, und sie modelte den Entwurf dementsprechend um. Als ich dann den Entwurf in der Wahlberichtsversammlung vorlas, waren die Genossen nicht damit einverstanden, sich z. B. zu verpflichten, jeden Monat in ihrem Haus eine Versammlung durchzuführen. Ebenso konnten sie sich nicht für das erhöhte Soll der Pressewerbung verpflichten. Wir können es nicht verantworten, Verpflichtungen einzugehen, von denen wir genau wissen, daß wir sie nicht erfüllen können.“

Die Genossin von der Stadtleitung hat ein wichtiges Prinzip der Anleitung mißachtet. Wenn man nicht die Besonderheiten der Grundorganisation berücksichtigt, erstickt man die Initiative der Genossen. Sie wollte ihnen Verpflichtungen diktieren und vergaß dabei die Menschen, die sie verwirklichen müssen. Viel besser wäre es gewesen, sie hätte an der Berichtswahlversammlung dieser Grundorganisation teilgenommen und versucht,

ihre Mitglieder kennen und einschätzen zu lernen. Vielleicht wäre es ihr gelungen, die Genossen davon zu überzeugen, daß es doch möglich ist, jeden Monat in ihrem Haus eine Versammlung zu organisieren und mehr Leser für unsere Presse zu gewinnen. Sie hätte u. a. die Genossen an ihre große Tradition erinnern sollen. Die Wohnbezirksparteiorganisation 14 war die erste in Potsdam, die Hausgemeinschaften gegründet hat. Eine Straße ihres Gebiets, in der die Hausgemeinschaften am besten arbeiteten, erhielt sogar den Namen „Straße der Gemeinschaft“. Das verpflichtet doch. Sicher würden, gut angeleitet, manche Genossen, auch wenn sie nicht mehr die jüngsten sind, die Kraft finden, in ihrer Nachbarschaft noch mehr für die Partei zu tun.

Aber darüber hätte die Genossin von der Stadtleitung mit den Genossen beraten und ihnen Vorschläge machen müssen, damit ihre Verpflichtungen nicht ein Stück Papier bleiben. Die Genossen haben sich mit Recht dagegen gewehrt, die Partei zu betrügen, nur mit einer schönen Entschliebung zu glänzen. „Die Folge davon war“, schreibt Genossin Thölert, „daß die Wohnbezirksparteiorganisation 14 durch die Presse gerügt wurde. Wenn wir nun weniger ehrlich gewesen wären, war alles in Ordnung. Ist das aber der richtige Weg, die Genossen in der Grundeinheit zur guten Parteiarbeit zu erziehen?“

Die Stadtleitung Potsdam sollte über das Fehlerhafte dieser Methode der Schönfärberei und des Administrierens, wie sie von der beauftragten Genossin angewandt wurde, mit allen ihren Mitarbeitern sprechen.

E.F.